

Werkausschuss

Protokoll Nr. WA/04/2007

über die öffentliche Sitzung am 10. Mai 2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 21:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Steffen Rotermundt

Stadtverordnete

Herr Rudolf Beyrich
Herr Rolf Griesenberg
Herr Dieter Heidenreich
Herr Gerald Wittkamp

- i. V. f. BM Grassau -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Benjamin Stukenberg

Verwaltung

Herr Carsten Helberg
Herr Thomas Noell
Frau Ursula Pepper
Frau Sieglinde Thies
Herr Henning Wachholz

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase
Herr Tobias Koch

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Grassau

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/ 2007 vom 12.04.2007
5. Projektstudie "Biogas"
 - Bericht zur Informationsveranstaltung für Landwirte
 - Aktueller Entwicklungsstand
 - Weiteres Vorgehen
6. Konzepterarbeitung zur mittelfristigen Entwicklung des Bauhofes
7. Betriebsergebnis I. Quartal 2007
8. Verschiedenes
 - 8.1. Kontrolle Pflasterfläche Rondeel
 - 8.2. Umfänglichere Reparaturarbeiten übernommen
9. Kenntnisnahmen
 - 9.1. Personalwechsel
 - 9.2. Kanal Klaus-Groth-Straße
 - 9.3. Kohschietstraße West
 - 9.4. Beimoor Süd
 - 9.5. Offene Kanalsanierung und Herstellung von Hausanschlüssen
 - 9.6. Ausbau Stormarnstraße
10. Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Rotermundt begrüßt die Mitglieder des Werkausschusses und der Stadtbetriebe sowie Herrn Eigebrecht als Mitglied des Seniorenausschusses. Frau Pepper kommt gegen 20:00 Uhr hinzu.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

- e n t f ä l l t -

4. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/ 2007 vom 12.04.2007

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5. **Projektstudie "Biogas"**
- **Bericht zur Informationsveranstaltung für Landwirte**
- **Aktueller Entwicklungsstand**
- **Weiteres Vorgehen**

Der Werkleiter berichtet zur Informationsveranstaltung vom 19.04.2007:

Im Vorwege wurde Kontakt zu Herrn Koll, dem Vorsitzenden des Bauernverbandes, aufgenommen. Neben zweier Veröffentlichungen des Termins in der Presse hatte es zudem Herr Wriggers übernommen, möglichst viele Landwirte auf die Veranstaltung anzusprechen.

Vier Landwirte, ein Vertreter der Firma ETH und ein technischer Vertriebsbeauftragter der Firma ATH sowie Herr Dr. Müller, Firma PFI, kamen zu einem Informationsgespräch zusammen. Herr Dr. Müller präsentierte zunächst das Projekt.

Es bestand grundsätzliches Interesse an dem technischen Verfahren, jedoch konnte das Projekt die Landwirte aufgrund eines mit 25 €/t Silage offenbar zu niedrigen Preises nicht für das Vorhaben der Mais-Anpflanzung, Silagegewinnung und Vorlagerung einnehmen. Insbesondere eine Lagerung der Jahres- oder zumindest Halbjahresmenge erschien den Anwesenden aus eigener Sicht nicht wirtschaftlich genug. Überdies gab es Bedenken, ob eine Baugenehmigung für eine entsprechende Lagerfläche überhaupt erteilt würde. – In den Tagen nach der Sitzung gab es keine weiteren Rückmeldungen seitens der Gesprächsteilnehmer.

Aktueller Entwicklungsstand

Zwischenlager in der Nähe der SEA

Diese Möglichkeit scheidet mangels geeigneter Flächen aus.

Vorhandener Faulturm

Der vorhandene Faulturm wird derzeit nicht ausgelastet. Bei einem vorhandenen Raumvolumen von 4.000 cbm wurden in Spitzen bis zu 50 % ausgenutzt - in der Regel bis zu 40 %, die anteilige Einleitung von Fetten bereits berücksichtigt -.

Nach einem festen technischen Regelwert können bei 50%iger Auslastung je cbm Gärsubstrat aus dem Prozess der Kläranlage 1,5 kg Organik beigegeben werden, was zu einer 10 % effektiveren Vergärung führen kann. Wendet man zusätzlich das Verfahren der Desintegration an, lässt sich eine weitere Steigerung der Vergärung um etwa 10 % erreichen. Beim Verfahren der Desintegration wird das Substrat vor dem Einbringen in den Faulturm mit Schall beaufschlagt, was zu einer Zerstörung von Zellstrukturen führt, sodass die im Prozess aktiven Bakterien effektiver auf das Substrat einwirken können.

Alternativ ist auch die Errichtung eines separaten Fermenters für die Einleitung pumpfähiger organischer Abfälle auf dem Gelände der Kläranlage denkbar – u. a., um das Risiko eines „umkippenden“ Gärprozesses mindern zu helfen.

Belastungen

Mit den möglichen Verfahren einhergehende Belastungen (Gerüche, Lärm) sind im Auge zu behalten - insbesondere Anliefer- und Abfuhrverkehre durch LKW. Insgesamt können die angesprochenen Belastungen jedoch als eher gering eingestuft werden.

Weiteres Vorgehen

Das NaWaRo-Verfahren scheint nach den gegenwärtigen Erkenntnissen – in der Hauptsache aufgrund eines zu hohen Beschaffungspreises für Maissilage – als Alternative auszuschneiden.

Offen bleibt, inwieweit angeliefertes, pumpfähiges organisches Abfallmaterial wirtschaftlich für eine Vergärung auf dem Gelände der SEA eingesetzt werden kann. Hierzu stehen Gespräche mit unterschiedlichen, zum Teil in Konkurrenz zueinander stehenden Unternehmen aus.

Der anfänglich vermutete Zeitdruck für Planung und Realisierung bleibt nun aus, da es für aufbereitetes Gärsubstrat aus Abfällen keine jährlich sinkenden Subventionen zu bedenken gibt und ohne das zwingend Baumaßnahmen vorzuschalten wären.

Zu berücksichtigen bleibt auch die Entwicklung des Strommarktes und die Frage, ob der auf der Anlage gewonnene Strom eingespeist oder besser selbst verbraucht werden soll. Als Subventions-Aspekt bleibt unter bestimmten Voraussetzungen ohnehin nur noch der Kraft-Wärme-Kopplung-Bonus.

Die Werkleitung berichtet in den kommenden Sitzungen unter dem Punkt „Kenntnisnahmen“ über den jeweils neuesten Sachstand.

6. Konzepterarbeitung zur mittelfristigen Entwicklung des Bauhofes

Die Technische Leiterin erläutert die Seiten eins und zwei der ausgegebenen Tischvorlage.

Das Zahlenwerk umfasst eine Auflistung der Arbeitsinhalte je Gewerk mit den zugehörigen abgerechneten Leistungen für die Jahre 2005 und 2006.

Eine Besonderheit stellt die Schlosserei-/ Kfz-Werkstatt dar. Rund 29 % der Jahresproduktivstunden wurden für externe Auftragsarbeiten in Rechnung gestellt. Die übrigen 2.740 Stunden fielen für die Reparatur und Wartung eigener Fahrzeuge und Maschinen an. Die entsprechenden Lohnkosten flossen - zusammen mit den Material- und Fremdleistungskosten (und andere) der Werkstatt - in die Abrechnungspreise für die Fahrzeuge und Maschinen ein. Insofern sind die den Werkstattstunden zuzuordnenden Kosten Teil der Gesamtsumme aus der Kosten- und Erlösrechnung.

Die Hochbau-Tischlerei leistete zahlreiche Stunden im Rahmen des Winterdienstes, was u. a. die verminderten Produktivstunden im eigenen Arbeitsbereich erklärt. Bei den Umbaumaßnahmen im Rathaus sind die Tischler unmittelbar im Rahmen ihrer Beauftragung tätig gewesen. Sofern aufgrund besonders umfangreicher Arbeiten weitere Kräfte hierfür benötigt wurden, konnten Hilfsleistungen aus dem Bereich der Grünpflege erbracht werden.

Der Vorsitzende dankt der Technischen Leiterin für die Erläuterungen.

Der Werkleiter fragt offen nach weiteren Schritten - und hiermit verbunden nach der mittelfristigen Zukunft des Bauhofs. In diesem Zusammenhang gilt es zu klären, welche Leistungen erbracht werden sollen und wie das Management des Bauhofs zu gestalten ist.

Die Bürgermeisterin vertritt die beauftragende Verwaltung und deren Anliegen nach einer weiterhin planbaren und verlässlichen Beauftragung des Bauhofs. Aus ihrer Sicht kann es mehrere Herangehensweisen geben, um dem Bauhof auch nach Ablauf der Auftragsgarantie Perspektiven für die Zukunft aufzeigen zu können. Während eine Entwicklung zum optimierten Wirtschaftsbetrieb offenbar nicht gewünscht ist, kann als ein Schwerpunkt der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit verfolgt werden - auch, um es dem Betrieb zu ermöglichen, sich zunehmend selber zu tragen.

Zudem gibt die Bürgermeisterin zu bedenken, dass sich der Werkausschuss schon grundsätzlich zum Eigenbetrieb bekennen müsste, damit die Werkleitung die Führung eines wirtschaftlich geordneten Betriebes gezielt und erfolgreich ausüben kann. Hierzu gehört eben auch die Garantie einer Beauftragung - immer unter bestimmten Voraussetzungen. Es gilt, diese Voraussetzungen zu erarbeiten, um auf diesem Wege zu einer Auftragsgarantie für die kommenden Jahre zu gelangen. Die Einigung über Arbeitsinhalte und Standards gehört ebenso dazu, wie ein hoher Arbeitseinsatz bei guter Qualität der Leistungen des Bauhofs. Die Bürgermeisterin erwähnt hierzu auch die Erwartungen der Bürger an ihren städtischen Bauhof. An Sauberkeit und raschem Handeln im öffentlichen Raum muss ihnen gelegen sein.

- Fortsetzung Seite 2 zu TOP 6 -

Kommt man dagegen zu dem Entschluss, Stellen zukünftig nicht wieder zu besetzen, ist auch ein langsames Auslaufen lassen des Bauhofs denkbar. Die Bürgermeisterin spricht sich allerdings für eine auch zukünftige Beauftragung des „Hilfsbetriebes der Verwaltung“ aus. Dabei sieht sie einen Beschluss fassenden Hauptausschuss gern als „Spiegelbild“ hinsichtlich einer verabschiedeten Beauftragung des Bauhofs durch den Werkausschuss und die Stadtverordnetenversammlung.

Einige Mitglieder des Werkausschusses geben zu bedenken, dass sie mit der Ausübung ihres Mandates eine Gesamtverantwortung übernommen haben. Innerhalb dieser Verantwortung könnten sie nicht einseitig die Interessen des Eigenbetriebes Bauhof vertreten, ohne die Gesamtwirtschaftlichkeit des Betriebes – und somit das Wohl der Stadt als Ganzes – im Auge zu behalten.

Da die Tischvorlage unmittelbar in der Sitzung verteilt wurde, will man sich in den Fraktionen zunächst mit dem Zahlenwerk auseinander setzen. Man erwartet eine Aussage darüber, welche Flächen mit welchem Personaleinsatz zu bewirtschaften sind. Auch für Arbeiten mit sicherheitsrelevanten Aspekten müssen sich Auftragnehmer auf dem freien Markt finden lassen. Nach Meinung eines Mitglieds des Ausschusses gebe es zu bedenken, dass laut Medienberichten Bauhöfe in vielen Städten wieder als konkurrenzfähig erkannt werden. Letztlich bleibt zum Thema die Gesamtwillensbildung in den Gremien abzuwarten.

In Sachen „Pflegestandards“ wird auf die Zuständigkeit des Umweltausschusses verwiesen.

Der Werkleiter informiert abschließend über die Absicht, die Stelle des gekündigten Mitarbeiters zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder zu besetzen.

7. Betriebsergebnis I. Quartal 2007

Der Werkleiter gibt den gedruckten Entwurf des Jahresabschlussberichtes 2006 an die Mitglieder des Gremiums aus. Weitere Erläuterungen hierzu sollen in der kommenden Sitzung folgen.

Der Werkleiter bezieht sich im Folgenden auf die Seite drei der Tischvorlage und berichtet:

Wie auch in den Vorjahren handelt es sich bei den vorliegenden Zahlen um vorläufige Werte. Bestimmte Kosten sind noch gar nicht oder nicht in entsprechender Höhe angefallen (Beispiel: Zinsen, Darlehen u. a).

Stadtentwässerung

Die Gesamterlöse erreichen zum Ende des Quartals noch nicht den Planwert, was bei einer Abweichung von 164 T€ maßgeblich auf noch ausstehende Zahlungen durch die Hamburger Wasserwerke zurückzuführen ist. Die Abweichung zum Vorjahr (140 T€) ist mit rund 25 T€ auf die gesunkene Schmutzwassergebühr von 14 ct/cbm zu erklären.

Die Kosten liegen mit rund 169 T€ deutlich unter Plan, was allerdings auch für 2007 wieder mit Maßnahmen zu begründen ist, die noch nicht angelaufen sind.

Bauhof

Das Planergebnis wurde bei den Erlösen leicht überschritten. Auffällig sind die Verschiebungen der gebuchten Erlöse zwischen Grünpflege und Straßenunterhaltung, was wesentlich auf den Winterdiensteinsatz im März zurückzuführen ist.

Die Erlöse für Vorleistungen liegen mit 15 T€ über Plan; die realisierten Einkäufe für das I. Quartal ebenfalls, was mit einer entsprechenden Auftragslage zu erklären ist. In Zusammenhang mit den Vorleistungen wird laufend Kontakt zu den beauftragenden Fachdiensten gehalten, um die Vorstellungen der Auftraggeber bestmöglich abzustimmen.

Auch beim Bauhof sind die unter Plan liegenden Gesamtkosten dadurch zu relativieren, dass einzelne Maßnahmen - Abschläge für Verwaltungsleistungen etc. - noch nicht erfolgt sind.

Die starke Abweichung des Ergebnisses (konsolidierte Werte) zum Vorjahr für den Gesamtbetrieb ist auf die noch offenen Forderungen zur Schmutzwassergebühr zurückzuführen.

8. Verschiedenes

8.1 Kontrolle Pflasterfläche Rondeel

Die Technische Leiterin erklärt auf Nachfrage, der Bauhof sei für das Überwachen eines ordnungsgemäßen und hinreichend sicheren Zustandes der Pflasterflächen am und im Bereich des Rondeels zuständig. Es erfolgt eine 14-tägige Kontrolle in diesem Bereich. Dem Hinweis auf eine Gefahrenstelle werde nachgegangen.

8.2 Umfänglichere Reparaturarbeiten übernommen

Im Rahmen einer Beauftragung durch das Tiefbauamt wurden vom Bauhof im Bereich eines Gehweges auf einer Länge von etwa 10 bis 12 Metern Reparaturarbeiten durchgeführt.

Beauftragungen dieses Umfangs können fallweise dann erfolgen, wenn ein externes Unternehmen gerade keine freien Kapazitäten hat, die Arbeiten jedoch aufgrund drohender Unfallgefahr dringlich zu erledigen sind. Nach Absprache kann der Bauhof aushelfen, sofern dies im Rahmen seiner Auftragslage zeitlich darstellbar ist.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Personalwechsel

Ein Mitarbeiter der Stadtentwässerung hat sein Arbeitsverhältnis zum 30.06.2007 von sich aus gekündigt, um eine Weiterbildung zum staatlich geprüften Umwelttechniker zu absolvieren. Er sah für sich nicht die Möglichkeit, dieses nebenberuflich durchzuführen.

Für die Wiederbesetzung der Stelle ist angedacht, eine Auszubildende nach Beendigung ihrer Lehrzeit auf die freie Stelle zu übernehmen. Die Auszubildende hat gute bis sehr gute Leistungen gezeigt, und da die Stadtentwässerung als ausbildender Betrieb für den Beruf des Ver- und Entsorgers tätig ist tut man gut daran, bei passender Gelegenheit auch einmal eine Übernahme anzubieten.

9.2 Kanal Klaus-Groth-Straße

Im Rahmen der hydraulischen Sanierung des Regenwasserkanals Klaus-Groth-Straße ist die Firma Ditting tätig. Ende Mai, Anfang Juni sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

9.3 Kohschießstraße West

In der 20. KW läuft die Widerspruchsfrist ab. Firma Stapelfeld wird voraussichtlich den Zuschlag erhalten. Nach dem Stadtfest folgt im Juni der Arbeitsbeginn, sofern die Arbeiten am Einkaufszentrum nicht zu Behinderungen führen.

9.4 Beimoor Süd

Der Submissionstermin liegt Anfang Juni. Der Baubeginn ist Anfang Juli 2007 geplant.

9.5 Offene Kanalsanierung und Herstellung von Hausanschlüssen

Der alte Vertragspartner wird voraussichtlich wieder beauftragt. Die Preise blieben stabil, in einigen Fällen sind sie gesunken. Die Qualität der Arbeiten entsprach den Vorstellungen.

9.6 Ausbau Stormarnstraße

Der Submissionstermin ist zwischenzeitlich erfolgt. Die Stadtentwässerung ist nur mittelbar beteiligt; es erfolgt keine Abwicklung ganzer Haltungen durch die SEA.

10. Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses

Das nächste Treffen des Werkausschusses wird für den 14.06.2007 um 18.00 Uhr zur Präsentation und Diskussion des Jahresabschlussberichtes in Raum 601 des Rathauses angesetzt. Über die Notwendigkeit einer anschließenden Sitzung stimmen sich Ausschussvorsitzender und Werkleiter noch ab.

gez. Steffen Rotermundt
Vorsitzender des Werkausschusses

gez. Thomas Noell
Protokollführer